

AKTUELL

DIKTATOREN-GELDER

„Ich kenne ihn nicht.“

Raymond Klein

Es musste zu einem Regimewechsel kommen, bevor die Rechtmäßigkeit des Vermögens von Ben Ali und Konsorten hinterfragt wurde. Und über ihre Konten in Luxemburg diskutiert wurde.

Der Regierung sei nichts über Guthaben des Ex-Präsidenten Ben Ali und seiner Entourage in Luxemburg bekannt, so die lapidare Antwort der Minister Luc Frieden und François Biltgen auf eine parlamentarische Anfrage. Die beiden christlich-sozialen Politiker sind bestimmt mit der Geschichte von Petrus vertraut: Der Apostel leugnete, Jesus zu kennen, nachdem dieser vom umjubelten Propheten zum politischen Outlaw geworden war ... Später bereute Petrus seinen Verrat, bekannte sich zum Christentum und ging als Märtyrer in die Geschichte ein. Politiker und Bankiers aber, die mit Ben Ali und anderen Kleptokraten in Verbindung standen, dürften in den Augen künftiger Generationen als Helfershelfer und Hehler von banalen Verbrechen dastehen.

Doch wieso Luxemburg? Vor allen Ländern, die über ein vergleichbares Bankgeheimnis verfügen, gilt die Schweiz als die sprichwörtliche Fluchtburg für „Potentatengelder“, wie man sie dort nennt. Allerdings ist diese Reputation dort auch Thema, und man versucht, etwas an ihr zu ändern. So trat am 1. Februar die „Lex Duvalier“ in Kraft, die eine neue Rechtsgrundlage für die „Rück erstattung unrechtmäßig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen“ schafft. Das Gesetz ist eine Reaktion auf den gescheiterten Antrag Haitis auf Rückerstattung des Vermögens des Ex-Diktators, daher der Name. Solche Gesetze können, anders als die wenig glaubwürdigen Beteuerungen der Bankenlobbies, man verweigere suspekter Gelder, eine abschreckende Wirkung erzielen: Bisher durften sich die Kleptokraten gute Chancen ausrechnen, auch nach einem Machtverlust sich selbst und ihren Familien eine „gute Pension“ zu erhalten. Im Falle Mobutu zum Beispiel musste die Schweiz - aufgrund der exzessiven Verfahrensdauer - das eingefrorene Vermögen den Erben des Diktators freigeben.

Kritische NGOs wie die Aktion Finanzplatz begrüßen das neue Gesetz, bemängeln aber unter anderem, dass es nur auf „politisch exponierte Per-

sonen“ anwendbar ist. Es ignoriere damit die „Veruntreuung von Vermögenswerten und deren Überweisung auf schweizerische Bankkonten durch Mitglieder der obersten Organe von Privatunternehmen“, also den weitverbreiteten Raubritter-Kapitalismus.

Auch in Luxemburg wird seit über zehn Jahren die Frage der Potentatengelder von kritischen Beobachtern aufgeworfen ... und jedesmal mit dem Hinweis abgetan, Luxemburg sei nicht die erste Anlaufstelle. Das mag wohl stimmen, doch die Affären um den nigerianischen Ex-Diktator Abacha und den peruanischen Ex-Geheimdienstchef Montesinos haben gezeigt, dass das, was dennoch an Geldern dieser Sorte ins Land gelangt, kein Pappentstiel ist. Der Hauptunterschied zwischen Luxemburg und der Schweiz besteht weniger in der Attraktivität an sich als in der Tatsache, dass sich dort eine öffentliche Diskussion über die moralischen Aspekte des Finanzplatzes entfalten konnte. Dass etwas Vergleichbares im Großherzogtum nicht möglich ist, weiß man spätestens seit der Affäre um den Bericht über Steuerflucht aus Entwicklungsländern Ende 2009.

Bemerkenswert dreist verbreitet die Bankenlobby weiterhin ihre Ammenmärchen über den ach so sauberen Finanzplatz. So versicherte „ein Ex-Bankier“ dem „Lëtzeburger Land“, die einheimischen Banken hätten panische Angst vor „politischen Kunden“. „Sollte ein hoher ausländischer Regierungsvertreter die verrückte Idee haben, ein Konto direkt in Luxemburg zu eröffnen, dann würde er sofort an die Muttergesellschaft im Ausland verwiesen.“ Allerdings sind unseres Wissens weder Abacha noch Montesinos seinerzeit persönlich vorstellig geworden ... Auf der Suche nach einer neuen Dynamik für den Luxemburger Finanzplatz, so die Schlussfolgerung des Land-Artikels, wollten sich die Verantwortlichen „gewiss nicht mit Potentatengeldern die Finger verbrennen - so zumindest die Theorie“. Die Praxis sieht leider anders aus: Ausbau der Geschäftsbeziehungen zu den Golfstaaten und den aufstrebenden Ländern Ostasiens, wo statt eines Familienklans häufig eine ethnische oder soziale Bourgeoisie Natur und Menschen rücksichtslos ausplündert. Doch von „Plünderern“ spricht man immer erst nach dem Regimewechsel - bis dahin sind es unsere „Geschäftspartner“, wie Ben Ali einer war.

SHORT NEWS

Dans leurs petites bulles

Tous des martyrs. Ou presque. C'est bien connu, les hommes et femmes politiques de haut rang n'ont qu'une obsession en tête : l'intérêt commun. La vanité ou le pouvoir leur sont étrangers. C'est l'impression qu'ils donnent en tout cas dans le dernier numéro du mensuel « forum » qui consacre deux articles intéressants sur les conflits d'intérêt au Luxembourg entre les milieux d'affaires et la politique. Ainsi, nos collègues ont interrogé Lucien Lux, le président du groupe socialiste à la Chambre, sur ses accointances avec l'homme d'affaires Flavio Becca et sa présence au sein du conseil d'administration de Leopard Trek, l'équipe cycliste financée par ce dernier. Refusant de dire quels émoluments il perçoit, il confie qu'il voulait simplement soutenir un « projet intéressant ». Pas intéressé non plus son homologue du CSV, Jean-Louis Schiltz, second au ranking des cumulards au sein de cinq conseils d'administrations (après Michel Wolter, qui décroche la « médaille d'or » avec sept sièges), pour qui il est important que les politiques aient des liens avec le monde économique. Idem pour Lux qui pense que cela éviterait aux hommes politiques de « vivre dans une bulle ». Par contre, les bulles ouatées des conseils d'administration permettent bien mieux de connaître le quotidien des « petites gens ».

Chinas Aufstieg - nüchtern betrachtet

Viele Mythen ranken sich um den Aufstieg des - offiziell sozialistischen - Chinas und seine Investitionspolitik in Afrika. Am 4. Februar bot die Rechtsfakultät der Uni Gelegenheit, sich eine nüchterne Einsicht in diese Fragen zu verschaffen - denn was gäbe es nüchterneres als den wirtschaftsjuristischen Blickpunkt? Peter Malanczuk, Professor an der Pekinger Schule für transnationales Recht, erläuterte unter anderem die Feinheiten der jüngsten, von China abgeschlossenen bilateralen Investitionsabkommen. Diese Rechtsordnung ist seit dem Scheitern des Multilateralen Abkommens über Investitionen (MAI) 1998 in Vergessenheit geraten, doch sie verfügt über eine mächtige - kapitalfreundliche - Schiedsinstanz, der sich China interessanterweise unterwirft. Weniger juristisch, dafür aber umso interessanter waren die Ausführungen von Malanczuk zur Rolle der neuen Großmacht in Afrika: Es gehe nicht nur um Zugang zu den Rohstoffen, sondern auch zu den Märkten. Die Gleichgültigkeit Pekings gegenüber den Menschenrechten ändere nichts am positiven Impact der chinesischen Investitionen für die wirtschaftliche Entwicklung. Malanczuk relativierte die Zahlen über Handelsüberschuss und Rüstungshaushalt, mittels derer China oft als Bedrohung dargestellt wird. Andererseits unterstrich er die Realität der Konfliktpotenziale was den Zugang zu den natürlichen Ressourcen und die globalen Umweltprobleme angeht.

Wir müssen (bald nicht mehr) draußen bleiben

Wer hätte es gewusst: Laut großherzoglichem Reglement aus dem Jahre 1988 ist es verboten, Haustiere in Restaurants und sogar in Kneipen zuzulassen. Als Ausnahme gelten Fische in Aquarien und Hunde, die Behinderte assistieren. Gleich mehrere Restaurateure wurden im Jahre 2010 von der Gesundheitsdirektion abgemahnt, weil Hunde von GasthofbesucherInnen angetroffen wurden. Dies bestätigt der Gesundheitsminister in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage seines Amtsvorgängers. Die Gesundheitsdirektion beruft sich dabei auch auf eine europäische Richtlinie aus dem Jahre 2004, die allerdings, wie sich bei genauem Lesen herausstellt, den Ausschluss von Tieren aus Kantinen und Restaurants nicht ausdrücklich vorschreibt. Sie verlangt lediglich Maßnahmen, die eine Kontamination der Lebensmittel durch die Tiere verhindert. Die strengere luxemburgische Auslegung geht selbst dem Minister zu weit. Er hat jetzt seine Dienststellen angewiesen, die bisherige Reglementierungspraxis zu überarbeiten und sich bei den Nachbarländern umzuhören, wie dort mit der EU-Direktive verfahren wird. Er stellt in Aussicht, das Haustierverbot zu entschärfen. Doch bis es soweit ist, machen sich Restaurateure und Kneipenbesitzer eines Reglementsverstößes schuldig, wenn sie Struppi kein Hausverbot erteilen.